

ihren Eintritt das von der SED für bestimmte berufliche Ziele geforderte politische Engagement nachweisen konnten, ohne der SED selbst beitreten zu müssen. Der Aufstieg in politische Spitzenämter und hohe Leitungspositionen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft war ihnen damit allerdings meist verwehrt. Zudem sind Mitglieder von Blockparteien in der Regel von einer Beschäftigung in sicherheitsempfindlichen Bereichen (z. B. Offiziersränge in der NVA; Tätigkeit bei der SDAG Wismut) ausgeschlossen gewesen. Auch eine Mitgliedschaft in den Betriebskampfgruppen war bis in die späten achtziger Jahren nicht möglich.

#### 4.6. *Die Frage der politischen Verantwortung*

Nach ihrer Gleichschaltung dienten Blockparteien und Massenorganisationen der SED zur Absicherung ihres Herrschaftssystems. Als „Transmissionsriemen“ instrumentalisiert, sollten sie die Politik der SED über ein weitverzweigtes Organisationsgeflecht in sämtliche Bereiche der Gesellschaft hineinragen und umsetzen. Auch wenn ihnen dies im Sinne einer ideologischen Erziehung der Bevölkerung zur Konformität mit der SED-Politik offensichtlich nicht gelang [→ Suckut, Protokoll Nr. 22], fungierten sie als Hilfsinstrumente, mit denen die SED das politische System der DDR beherrschen und sich Informationen über die tatsächliche politische Stimmungslage der Bevölkerung verschaffen konnte.

Bei der Bewertung der Blockparteien müssen ihre völlig unterschiedlichen Funktionen für die SED, für die Funktionäre der Blockparteien und für die Mitglieder Berücksichtigung finden. Mit der Übernahme von Funktionen in Teil- und Randbereichen der Gesellschaft trugen sie zweifellos zu einer gewissen Stabilisierung des politischen Systems der DDR bei. Indessen kann aufgrund aufgezeigter Faktoren nur bedingt von Verantwortung und Teilhabe am Regime gesprochen werden.

Bemerkenswert bleibt, daß ein gesamtdeutscher Bezug in der Mitgliedschaft der beiden vormals bürgerlichen Parteien CDU und LDPD nie ganz erloschen ist. In der Politik der beiden Blockparteien hatte er allerdings eine geringe und zudem unterschiedliche Bedeutung. Die CDU in der Bundesrepublik Deutschland lehnte Kontakte zur Block-CDU ab, um eine Aufwertung der SED-abhängigen Parteiführung zu vermeiden; sie sah in der Exil-CDU die legitime Vertreterin der christlichen Demokraten der DDR. Demgegenüber gab es in der FDP seit 1956 kontinuierliches Interesse an Gesprächen mit Vertretern der LDPD – zum einen, um den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen, zum anderen in der Hoffnung, auf diesem Wege politische Anregungen in die SED hineinragen zu können. Dieses Interesse konnte die LDPD aber über einige kurzfristige Aufmerksamkeitserfolge hinaus systembedingt nur begrenzt nutzen. In der friedlichen Revolution von 1989/90 trat die in den vorherigen

Jahrzehnten latente gesamtdeutsche Identität in beiden Parteien wieder offen hervor und bestimmte deren neue politische Wirksamkeit [→ Bericht VI. Themenfeld].

#### 4.7. *Gesamtdeutsche Parteistrukturen*

Im Zuge der „friedlichen Revolution“ von 1989/90 wandelten sich die Blockparteien in einem ebenso schwierigen wie konfliktreichen Prozeß nach jahrzehntelanger Abhängigkeit von der SED zu eigenständigen Organisationen. CDU und LDP wurden von den Bonner Regierungsparteien als Schwesterparteien anerkannt und unterstützt. Erste sichtbare Zeichen des Wandels bildeten – regionale und in ihrer Art unterschiedliche – Auseinandersetzungen zwischen Parteibasis und Parteiführung. Diese Kontroversen führten zur Ablösung der bisherigen Parteiführungen, zur Wahl neuer Vorsitzender in demokratisch einwandfreien Verfahren, zur Aufkündigung der Blockpolitik, zur Streichung der Anerkennung des SED-Führungsanspruchs aus der Satzung und zu der Festlegung, nicht wieder mit der SED/PDS zusammenzuarbeiten.

Bereits im Frühjahr 1990 fanden sich neugegründete Parteien und die veränderten ehemaligen Blockparteien CDU und LDP zu Wahlbündnissen zusammen. Der Demokratische Aufbruch (DA), die Deutsche Soziale Union (DSU) und die Ost-CDU bildeten die „Allianz für Deutschland“; die LDP, die Deutsche Forumpartei und die F.D.P. in der DDR bildeten den Bund Freier Demokraten. So personell und politisch verändert, war nach der Fusion von DA, Demokratischer Bauernpartei Deutschlands (DBD) und Ost-CDU auf der einen und nach der Fusion von LDP und NDPD zur Partei Bund Freier Demokraten und dem Zusammengehen mit der Deutschen Forumpartei und der F.D.P. in der DDR auf der anderen Seite der Weg frei zum jeweiligen Zusammenschluß mit der westdeutschen CDU und F.D.P. zu gesamtdeutschen Parteien. Historisch fand damit eine Entwicklung ihren Abschluß, die bereits in den ersten Nachkriegsjahren eingeleitet worden war, als Christdemokraten wie Liberale die Bildung gesamtdeutscher Parteien anstrebten und als organisatorische Vorformen eine zonenübergreifende Arbeitsgemeinschaft (CDU) bzw. eine Demokratische Partei Deutschlands (DPD) gebildet hatten.

Für die CDU und F.D.P. stellt sich durch den Zusammenschluß mit den ehemaligen Blockparteien die Aufgabe, ihre jeweilige Parteigeschichte ebenso kritisch wie verantwortungsbewußt aufzuarbeiten. Unterschiedliche politische Wege in zwei entgegengesetzten Systemen haben Prägungen geschaffen, die bis heute fortwirken und eine ebenso sensible wie vorurteilsfreie Bewertung erfordern. Voreilig von politisch-moralischen Kontinuitäten zu sprechen, wird dem Auftrag zu einem verantwortungsvollen Umgang mit der Vergangenheit nicht gerecht. In dem Bemühen von Ost- wie Westdeutschen in beiden Parteien, trotz unterschiedlicher Biographien gemeinsam für politische Ziele in